

Buchbinder-Zeitung

Ercheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 66, Reilbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,
Stellengedruckte 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf., Verammlungs-
anzeigen 2c. 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 31

Berlin, den 30. Juli 1910.

26. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wir müssen leider immer wieder die Beobachtung machen, daß ohne Abmeldung abgereichte Mitglieder bei ihrer Zureise ohne weiteres als Mitglieder weitergeführt werden. Die örtlichen Funktionäre und Gaubevollmächtigten ersuchen wir sehr dringend, streng nach den Bestimmungen des Abschnittes 5 im Statut und nach den im Handbuch auf Seite 72 und 73 gegebenen Anweisungen zu verfahren.

2. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind für das zweite Quartal von den Zahlstellen Bromberg, Eisenach, Konstantz, Kottbus, Lützenwalde, Mainz und Gau 14 nicht eingeleistet worden. Es mußten deshalb in der Zusammenstellung diese Zahlstellen mit 259 männlichen und 169 weiblichen, zusammen 428 Mitgliedern, bedauerlicherweise unberücksichtigt bleiben. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen dringend, den in Betracht kommenden Funktionären die rechtzeitige Einlieferung der Berichtskarten zur absoluten Pflicht zu machen.

3. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen zum Zwecke der Angabe in den am Schluß des laufenden Quartals auszufertigenden Berichtskarten gilt in diesem Monat der 30. Juli, worauf wir die in Betracht kommenden Funktionäre aufmerksam machen.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b des Statuts wurden in Berlin der Buchbinder Josef Gargosch, Buchnummer 17 380, aus Troppau, und die Falzerin Klara Felbel, Buchnummer 81 322, aus Weikensee-Berlin, sowie in Kiel der Buchbinder Gustav Krüger, Buchnummer 39 814, aus Krefeld.

5. In Weikensee ist eine neue Zahlstelle des Verbandes gegründet worden. Unterstützungen werden dort vorläufig noch nicht ausgezahlt.

6. Nachdem die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltete Sammlung für die ausgesperrten Bauarbeiter zum Abschluß gebracht ist, bitten wir uns mitteilen zu wollen, welche Beträge von unseren Mitgliedern insgesamt aufgebracht und an die zuständigen Stellen abgeführt wurden. In den Angaben sollen auch die Gelder einbegriffen werden, die aus den Lokalkassen gegeben wurden.

7. Da Mitte August ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, uns etwa noch nicht gemeldete Adressenänderungen bis spätestens 1. August angeben zu wollen. Um das Verzeichnis nicht von vornherein an Wert einbüßen zu lassen und unseren reisenden Kollegen unnötige Wege und Unannehmlichkeiten zu ersparen, rechnen wir mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Angabe aller in Betracht kommenden Adressen.

Der Verbandsvorstand.

An unsere Mitglieder.

Im kommenden Herbst wird unser Verband wiederum, wie vor nunmehr zehn Jahren, eine allgemeine Berufsstatistik aufnehmen. Wenn wir heute schon hierauf aufmerksam machen, dann geschieht das einesteils, um das Interesse unserer Mitglieder auf dieses Vorhaben hinzulenken und sie zum anderen dadurch in die Lage zu versetzen, die gestellten Fragen sachgemäß beantworten zu können. Es ist die erste Vorbedingung der Statistik, daß die Angaben klar und bestimmt und einwandfrei gemacht werden. Die auszugebenden Fragebogen (Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen) werden sich im allgemeinen den im Jahre 1900 benutzten anpassen, jedoch teilweise wesentlich einfacher sein. Die Verbandsleitung erwartet, daß alle unsere Mitglieder ihr Bestes tun werden, um die Erhebungen so vollständig wie nur irgend möglich werden zu lassen. Die Statistik soll die Gesamtheit unserer Berufsangehörigen im weitesten Maße umfassen, um ein möglichst lückenloses Bild von den Arbeitsverhältnissen im Beruf zu erhalten. Die näheren Angaben werden zur geeigneten Zeit noch gemacht werden. Heute wollen wir nur noch darauf verweisen, daß sich unter den Fragen eine befinden wird, zu deren Beantwortung unsere Mitglieder schon jetzt die notwendige Vorarbeit machen können: das ist die Frage nach dem durchschnittlichen Wochenverdienst im letzten Jahre. Diese Frage wird die wichtigste im ganzen statistischen Werk sein und darum ist ihre peinlichste genaue Beantwortung dringend erforderlich. Es empfiehlt sich, die einzelnen Wochenverdienste seit dem Oktober oder November (welche Woche als Erhebungswoche bestimmt wird, wird noch angegeben) vorigen Jahres sorgfältig zu notieren, um bei der Aufnahme der Statistik eine zweifelsfreie Auskunft geben zu können. Die Verbandsleitung hofft, daß die früher so vielfach beobachtete, doch grundlose Furcht vor Indiskretion heute nicht mehr in dem Maße vorhanden sein wird, als noch vor zehn Jahren. Trotzdem aber wird der Personenfragebogen, um alle Zweifel aus dem Wege zu räumen, direkt im verschlossenen Kuvert durch die Vermittlung der Orts- oder Gaubevollmächtigten dem Verbandsvorstand zugestellt, so daß ein etwa befürchteter Mißbrauch mit den Angaben unter keinen Umständen getrieben werden kann. — Mögen unsere Mitglieder dafür sorgen, daß unsere Statistik eine so umfassende wie nur irgend möglich sein wird. Dazu ist notwendig, daß sich ein jedermann in den Dienst der Sache stellt und nicht nur seine ihn selbst betreffenden Angaben macht, sondern daß er nach Kräften bemüht ist, möglichst viele Berufsangehörige — gleichgültig, ob bei uns organisiert oder im gegnerischen Lager oder gar nicht — zum Ausfüllen der entsprechenden Fragebogen zu veranlassen. Es ist weiter notwendig, daß unsere Gaubevollmächtigten alles aufbieten, um bis zur Aufnahme der Statistik noch mit allen Orten eine Verbindung herzustellen suchen, wo dies ihnen seither noch nicht gelang. Der Preis der von der Statistik erfaßten Berufsangehörigen muß ein möglichst großer sein.

Die Aufnahme der Statistik erfordert eine große Arbeitsleistung. Wir hoffen aber, daß sich unsere Mitglieder dieser gern und freudig unterziehen werden und den einzelnen Verwaltungen bei der mühevollen Arbeit tatkräftig mit zur Hand gehen.

Die Wirkungen der Reichsfinanzreform.

Anfang Dezember 1909 schrieb die „Süddeutsche Tabakzeitung“: „Die Not, in welche ungezählte Tabakarbeiter durch das neue Tabaksteuergesetz geraten sind, zeigt sich jetzt auch in gerichtlichen Verhandlungen, in denen mehrfach Tabakarbeiter wegen Bettelns angeklagt waren. Alle erklärten unbestritten, daß sie durch die Tabaksteuer in große Not geraten seien, keine Beschäftigung finden könnten und schließlich die Wildtätigkeit fremder Personen in Anspruch nehmen mußten. Das Gericht trug diesem Umstande auch Rechnung, indem es nicht verkannte, daß viele Tabakarbeiter durch das Tabaksteuergesetz in Verfall geraten sind. Eine geringe Bestrafung mußte nach dem Gesetze leider dennoch erfolgen, doch wurde in jedem einzelnen Falle nur auf eine Haftstrafe von drei Tagen erkannt, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurde. Daß selbst die Gerichte dem Umstande Rechnung tragen und unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß die Tabakarbeiter durch die „Reichsfinanzreform“ völlig unverschuldet in größte Not geraten sind, das sollte dem konservativ-kerisalen Block, dessen Werk die neue Tabaksteuer ist, doch zu denken geben.“

Die Handelskammer Chemnitz erstattete im Dezember 1909 dem Reichsfinanzamt ein Gutachten, worin es heißt: „Die Fabrikation des Bezirks hat durch die neue Steuer eine derartige Erhöhung der Produktionskosten erfahren, daß sie nicht mehr in der Lage ist, Fabrikate unter 34 bis 35 Mk. pro Mille herzustellen. Sie ist genötigt, die Fabrikation an außerstaatliche Gebiete mit wesentlich billigeren Arbeitskräften abzugeben, so nach den oberbairischen Industriegebieten. Eine derartige Verringerung der Arbeitsgelegenheit muß auf den Bestand der Arbeiter nachteilig einwirken. Soweit es nicht zu unmittlerbaren Arbeiterentlassungen gekommen ist, haben die einzelnen Betriebe versucht, diese bedauerliche Folge für die Arbeiterschaft dadurch hintanzuhalten, daß sie die Fabrikation weit über den Bedarf hinaus fortführen. Gleichwohl ist natürlich auf die Dauer eine Einschränkung der Fabrikation auf Grund der bestehenden Gefahr, manche Fabrikate gar nicht oder nur schwer an den Mann zu bringen, nicht zu vermeiden gewesen. Diefelbe vollzieht sich in den meisten Fällen dergestalt, daß Montag und Sonnabend überhaupt nicht und an den übrigen Wochentagen nur von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr gearbeitet wird. Dabei steht zu befürchten, daß zur Ersparung von Beleuchtungskosten auch diese Arbeitszeit noch eine weitere Einschränkung erfahren wird.“

Der im Mai 1910 erschienene Jahresbericht der Handelskammer für Sachsen-Altenburg enthält folgende Stelle: „Seit Mitte August ist eine vollständige Stockung im Absatz eingetreten, die eine allgemeine Einschränkung der Arbeitszeit sowie Arbeiterentlassungen zur Folge hatte.“ Das Urteil über die Wirkung der Reichsfinanzreform auf die Verhältnisse in der Tabakindustrie ist in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „Ein halbes Jahr ist seit der Verringerung der Tabaksteuergesetzgebung vergangen und es ist nicht mehr zu verkennen, daß diese den unheilvollsten Einfluß auf die ganze Fabrikation ausgeübt hat. Eine vollständige Umwälzung der Fabrikation und des Absatzes hat stattgefunden; noch ist keine Aussicht, daß die Verhältnisse sich bald wieder beseitigen werden.“

Der im Juni 1910 erschienene Jahresbericht der Fabrikinspektion für das Herzogtum Sachsen-Meiningen konstatiert, daß die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter von 18 323 auf 17 812, die der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen von 7450 auf 7316 und die der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren von 3286 auf 2913 zurückgegangen ist, das sind 1019 Personen weniger als im Vorjahre! Speziell die Tabak- und die Porzellanindustrie hat unter den Wirkungen der sogenannten Finanzreform zu leiden. 3 Zigarrenfabriken mit 83 Arbeitern mußten den Betrieb ganz einstellen, während 5 andere mit zusammen 249 Arbeitern 58 Personen wegen mangelnder Beschäftigung entließen. In zwei Porzellanfabriken wurden allein 223 Arbeiter entlassen. Neben Arbeitslosigkeit traf die Arbeiterschaft noch vielfach Lohnherabsetzungen. Der Fabrikinspektor sagt darüber: „Gleichzeitig mit der Einschränkung der Arbeitszeit erfolgte leider auch sehr häufig eine Herabsetzung des Arbeitslohnes. Die Arbeiter mußten sich der Maßnahme fügen, wollten sie nicht brotlos werden durch Entlassung oder gänzliches Stilllegen des Betriebes.“

Die Handelskammer Posen berichtete Anfangs Juli 1910: „Das Ergebnis des Jahres 1909 gab zu Klagen Anlaß in den Brauereien, Zigarren- und Zigarettenfabriken, die durch die Reichsfinanzreform stark belastet wurden. Nach einer kurzen Blüte des Geschäftes vor dem Inkrafttreten der neuen Steuergesetze, veranlaßt durch das Bestreben der Abnehmer, sich noch zu den bisherigen Preisen mit Ware zu versorgen, trat nachher besonders in der Zigarrenindustrie eine völlige Stagnation ein. Es ist zwar verfrüht, schon jetzt ein Urteil darüber abzugeben, welche Tragweite die neuen Steuerbelastungen für die betroffenen Industriezweige auf die Dauer haben werden, soviel ist aber gewiß, daß die Steuern diese Industrien einseitig in ihrer Entwicklung hemmen, weil die Belastungen, welche ihnen auferlegt sind und welche sie um ihrer Existenz willen abwälzen müssen, Erhöhungen der Preise ihrer Fabrikate bedingen. Die in Betracht kommenden Industriezweige können berechtigterweise erwarten, daß sie nunmehr vor weiteren Steuerprojekten und Steuergesetzen bewahrt werden.“

Im Bericht der Handelskammer zu Halle a. S. von Ende Juni 1910 heißt es: „Die nachteiligen Folgen des Gesetzes dauern an, und in den Detaillistenkreisen macht sich eine sehr bedeutende Einschränkung des Konsums, sowie bei manchen Rauchern Verdrückung der Zigarette bemerkbar. Das Festhalten an alten Verkaufspreisen, wie sie vor Inkrafttreten des Gesetzes bestanden, für die noch in großer Menge vorhandenen alten Fabrikate wirkt auch nicht belebend auf das Ge-

schäft. Nach dem geringen Ergebnis der ersten Monate des Jahres sind die Aussichten für die nächste Zukunft nur als sehr schlecht zu bezeichnen.“

Ferner schrieb die Handelskammer Dresden Ende Juni 1910: „Die Störungen im Absatz führten bei den meisten Firmen zu Betriebs Einschränkungen, teilweise sogar zu zeitweiliger Einstellung des Betriebes. Die geschäftslose Zeit dürfte wenigstens noch bis zum Herbst anhalten. Daß die Zigarrenindustrie aber in absehbarer Zeit wieder ihren Hochstand erreichen wird, darf billig bezweifelt werden. Welche schwere Wunden die neue steuerliche Belastung des Tabaks der deutschen Zigarrenindustrie geschlagen hat, erkennt man so recht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Arbeiter infolgedessen aus Lohn und Brot gekommen sind. Zu Beginn dieses Jahres sollen ungefähr 50 000 Zigarrenarbeiter beschäftigt gewesen sein.“ — In einer anderen Stelle heißt es: „Die steuerliche Mehrbelastung hat der deutschen, insbesondere aber der sächsischen Zigarrenindustrie einen schweren Schlag versetzt. Die Herstellung der billigen 5 und 6 Pf.-Zigarette ist aus Sachsen heraus und nach Süd- und Ostdeutschland gedrängt worden.“

Auch auf die Zündholzfabrikation hat die Finanzreform eine vernichtende Wirkung ausgeübt. Am 8. Dezember 1909 schrieb die „Volkswehr“ in Breslau: „Die Zündholzfabrikanten in der Grafschaft Glatz lassen nur noch vier Tage in der Woche arbeiten, und noch größere Einschränkungen stehen bevor. Da für die Zündholzfabrikarbeiter Schlesiens bei regulärer Arbeitszeit ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 13,12 Mk. festgestellt worden ist, kann von einem menschenwürdigen Leben nicht die Rede sein. Aber auch Arbeitgeber anderer Branchen benutzen das durch die Krise in der Zündholzindustrie von Habelschwerdt geschaffene Ueberangebot von Arbeitskräften, um die Löhne ihrer Arbeiter zu kürzen. So schrieb die Firma W. Hagedorn in Habelschwerdt einem Arbeiter, der bisher einen Tagelohn von 2 Mk. bei ihr verdiente, folgenden Brief:

Habelschwerdt, den 21. 11. 09.

Ab Montag, den 22. November 1909, zahle ich einen Tagelohn von 1,60 Mk. Stundenlohn ausgeschlossen. Arbeitszeit früh Punkt 7 Uhr ansetzen, Abends 6¼ Uhr abtreten; späteres Ansetzen, früheres Abtreten hat 50 Pf. Strafe für jeden Fall zur Folge.

Ich stelle Ihnen vollständig anheim, ob Sie unter diesen Bedingungen die Arbeit behalten oder aufgeben. Versicherungskarte folgt anbei.

Ergebenst

(gez.) Georg Hagedorn.“

Die Handelskammer Schweidnitz berichtete Anfang Juli 1910: „Namentlich in der

Zündwarenfabrikation haben sich die Verhältnisse überaus verschlechtert, da neue Aufträge sehr schwer zu erreichen sind. Kunden, die früher 10 bis 30 Kisten oder auch ganze Ladungen kauften, beziehen jetzt eine, höchstens zwei Kisten. Bei dem hohen Steuerfusse von 150 Mk. für die Kiste wird die Anschaffung von Lagerbeständen vermieden und nur von Waage zu Waage gekauft, um nicht viel Geld in die Ware zu stecken. Es haben sehr viele Arbeiterentlassungen stattgefunden, und statt an sechs wird nur an drei bis vier Tagen in der Woche gearbeitet.“

In dem im Juni 1910 erschienenen Bericht der Handelskammer zu Halle a. S. wird über die Wirkung der neuen Finanzgesetze auf die Brauindustrie ausgeführt: „Die Brauindustrie, die bisher vielen Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Handwerksmeistern sowie vielen anderen Industrien und Gewerben guten Verdienst brachte, hat unter den durch das neue Gesetz geschaffenen Verhältnissen schwer zu leiden. Es wird für sie einer Reihe arbeitsreicher Jahre unter Verschönerung von allen weiteren ihr nachteiligen gesetzgeberischen Maßregeln bedürfen, um nach allen Erschütterungen der letzten Zeit wieder in erträgliche Verhältnisse zu kommen.“

Am 21. Juni berichteten Kölnner Blätter: „In der am 20. Juni d. J. in Köln stattgehabten Generalversammlung des Vereins Deutscher Kaffee-Großhändler und -Röster e. V., Sitz Köln, ist durch eingehende Aussprache festgestellt worden, daß durch die Erhöhung des Kaffeezolles alle diejenigen Schäden, welche die Kaffeehändler zur Zeit der Reichsfinanzreform vorausgesehen und der Regierung gegenüber nachdrücklich geltend gemacht haben, in vollem Umfange eingetreten sind; daß besonders eine wesentliche Konsumminderung wahrgenommen, und daher der Zweck der Kaffeezollerhöhung: die Reichseinnahmen zu vermehren, auch nicht entfernt erreicht worden ist. Demnach erwartet nunmehr der Kaffeehandel von der Regierung, daß zu seinem Schutze die geeigneten Maßnahmen ohne Verzug getroffen werden, so wie sie in den verschiedenen Eingaben des geschädigten deutschen Kaffeehandels bereits vorgeschlagen worden sind.“

Von allen Seiten mehrten sich die Klagen und Verwünschungen gegen die Saat des schwarz-blauen Wlods. Die kommenden Reichstagswahlen aber werden zeigen, wer die Früchte ernten wird. Die schwarz-blaue Koalition muß dort zu Paaren getrieben werden. Die Nachwahlen in den letzten Monaten haben ja bereits geöffnet, daß der deutsche Michel nachgerade genug hat von den Segnungen, die ihm Pfaffen und Junker zugebacht haben und — ging's nach ihnen — weiter zudenken würden, wenn er sich jetzt nicht ernstlich gegen deren Liebesbezeugungen wehren würde.

Dem neuen Tag entgegen.

Stizze von ***.

(Schluß.) — (Nachdruck verboten.)

Da waren einige, an deren Habseligkeiten und in deren Sorgen-durchfurchten Gesichtszügen man erkennen mußte, daß sie durch den schweren Existenzkampf aus der Heimat gejagt worden sind, um einer ungewissen Zukunft, einem gleichen, wenn nicht gar tieferen Elend entgegenzugehen. Wieder andere, die andere Umstände und Verhältnisse zwangen, eine lange, mühselige und mit schweren Opfern verbundene Reise anzutreten, bei denen man aber die Wegegründe nicht erraten konnte, die sie veranlaßten, die Strapazen einer langen, nächtlichen Fahrt zu erdulden.

Und wie lenkten unsere Augen und Gedanken von diesem Wlode des Kammer ab und leiteten sie wieder hinaus in die Ferne.

Aber in der undurchdringlichen Finsternis war weiter nichts zu erkennen, als wie die Anrisse eines sich hart an dem Abenddamm hingiehenden Waldes, die vom Lichte des vorbeieilenden Zuges beleuchteten Telegraphen- und Signalstangen und hin und wieder ein Bahnwärterhäuschen; sonst fanden wir keine weiteren Ableitungspunkte für unsere Augen und Gedanken.

Unterbrochen wurde die uns umgebende fast feierliche Stille und unsere unstillen Gedanken nur durch das regelmäßige Mattern und Stoßen des Zuges, sowie das Nischen und Bösen der Bremsen, und mit dieser Disharmonie vermischt sich die schweren Atemzüge der Schlafenden.

Das Halten und Abfahren des Zuges und das Aus- und Einsteigen der Reisenden auf den ver-

schiedenen Stationen vollzog sich in der größten Eile und Ruhe. Ein kurzer Zuruf — noch einer — ein Pfiff — und fort ging es wieder hinein in die Stille der Nacht — durch die tiefe Finsternis — dem neuen Tage — dem Licht entgegen.

Alles stand, lag und bewegte sich unter dem Banne der Nacht, und dieser schien nicht weichen zu wollen. —

... Plötzlich machte sich weit gegen Osten am Horizonte ein grauer Schein bemerkbar; erst schien es eine hellere Wolfenlichtung zu sein, die durch die Nacht leuchtete, aber dann wurde er größer, breiter, heller und stieg immer höher und höher.

Wie ein Alp fühlte es von unserer Brust bei dem Gefühl: der neue Tag bricht an!

... Minuten, lange Minuten vergingen, in denen noch immer befürchtet wurde, daß es nur eine Täuschung sein könnte — aber mit einem Male zeigte uns die ganze Welt, daß der neue Tag mit der Nacht im Kampfe lag und bereits den Sieg davontrug. Schon konnten wir hier und da die Anrisse eines Baumes, eines Strauchens, eines Gehölzes und einzelner Häuschen im Schimmer der verschwappenden Nacht und des aufsteigenden Tages erkennen. —

Unter unserer Schlaferschlafte reate es sich mit einem Male und mancher beruhigte seine durch Träume verwirrten Gedanken durch die Tatsache: Jetzt wird es Tag!

Mit Gewalt durchbrach nun plötzlich das Tagesgestirn den letzten nächtlichen Nebelschleier, tauchte die ganze Welt in ein Blutmeer von Licht und ließ darin die Schwümpfen der Natur in verjüngten Formen erscheinen.

Am nächsten Bahnübergang harrten bereits einige Bauersleute der Vorüberfahrt des Zuges, um

zu Felde zu ziehen und im harten, aufreibenden Kampfe, der alles spendenden Mutter Erde noch mehr neue Gaben für des Menschen leibliches Wohl zu entreißen.

Überall stieg jetzt aus den Gehölzen, Anwesen und Hütten, der Morgenrauch auf und vermischte sich mit dem Nebel der abziehenden Nacht.

Die Welt war erwacht!

In Feld und Wald — im Busch und Hecke, bei einzelnen Stationen hörte man, neben dem herrlichen Schlag der immer noch unermüdeten Nachtigall, bereits das Gewitscher und den Gesang der anderen befiederten Sänger.

Weiter in den neuen Tag hinein konnte man hier und da, zur „Freude“ des armen Landmannes, auf den jungen Saatfeldern eine Menschfamilie bei ihrem ersten Frühstück beobachten; an einer anderen Stelle sah im Vollgefühl seiner Sicherheit ein fetter Gase und machte dem vorbeifahrenden Zuge seine „Männchen“. Dort sahen wir eine Schar wilder Kaminchen bei ihren Morgenpielen — und so konnten wir weitere ähnliche Eindrücke über das Erwachen der Natur und dem Leben und Wehen in derselben, das in verschiedenartigster Gestalt sich zeigte, in uns aufnehmen.

Jetzt näherte sich der Zug bereits bis auf wenige Meilen unserer Stadt; auf jeder der nächsten Stationen stiegen neue Scharen von in der Stadt Arbeitenden ein — jeder mit einem Kucksack, einer Tasche, einem Koffer oder sonstigem Gelack, einzelne auch mit mehreren versehen, welche Lebensbedürfnisse für die kommende Woche enthielten.

Hier konnten wir neue Beobachtungen über das Leben des Proletariats anstellen, und hier zeigte es sich in aller Deutlichkeit, wie unfruchtbar daselbst ist. Fern, in der Fremde, auf Wochen von seinem

Unternehmertagungen.

II.

In unserem ersten Artikel wurde darauf hingewiesen, daß die organisierten Kartonnagenfabrikanten von ihrer Zentraleitung in unzulänglicher Weise von den Beschlüssen und Raten derselben unterrichtet würden. Diese Tatsache wurde auf der Generalversammlung vom Geschäftsführer des Verbandes ohne weiteres zugegeben und sie mit der Entschuldigung belegt, daß mit den erlittenen Berichten noch immer Mißbrauch getrieben würde. Infolgedessen kamen nur Angelegenheiten allgemeiner Natur zur Kenntnis der Mitglieder. Mit Rohmaterialfabrikanten hat der Zentralverband in 130 Fällen Verträge zwecks Beteiligung an ev. Materialsperrern abgeschlossen. Weiter berichtete der Geschäftsführer, daß im Berichtsjahre Lohnbewegungen der Arbeiter nicht an den Verband herangetreten seien. Beim Streik der Arbeiter in Plauen sei ein Verbandsmitglied beteiligt gewesen (Kofz u. Gushurjt), doch habe dieses eine angebotene Unterstützung abgelehnt. Das ist allerdings sehr nett — für die Kasse des Zentralverbandes — von dieser Firma gewesen, die nach eigenem Zugeständnis durch den Streik einen Schaden von 11 000 Mark erlitten hat, und wir vermuteten immer, daß die Ebbe in der Kasse des Zentralverbandes gerade von diesem Streik herrühre. Daß diese Ebbe vorhanden ist, das lehrt der Geschäftsbericht, in dem es heißt: „Es konnte die Agitation nicht in vollem Umfang betrieben werden. Die Leitung war hierbei an die vorhandenen Mittel gebunden.“ Wir werden also unsere Meinung revidieren und unsere Schlußfolgerung nach der Art der Unterstützung der Verbandsmitglieder bei Streikfällen ungestillt sein lassen müssen. Mit seiner Agitation hat der Verband zum größten Teil Schiffbruch erlitten, blieben doch alle Mühen, die Chemnitzer und Bogtländischen Unternehmer für den Verband zu gewinnen, erfolglos. Fast wie Hohn klingt es, wenn im Bericht gesagt wird: „Man scheint hier nach wie vor die Kosten des Vertrags nicht erschwingen zu können.“ Die armen Bogtländer Fabrikanten können uns leid tun, das müdet ja an, als ob diese Schachtelmacher das kümmerliche Leben von der Welt zu führen hätten. Doch wer sie kennt, der weiß, daß denen keine „Pfengpfeife“ zu teuer ist, wenn sie losgelassen sind. Auch Chemnitz ist für den Zentralverband noch nicht erschlossen. Zwar hat dort der Geschäftsführer am 12. Oktober 1909 einer Versammlung von zirka 30 Schachtelmachern beigewohnt. Aber, helle wie die Sackhen nun einmal sind, hat sich der Herr Geschäftsführer des Zentralverbandes von den Chemnitzer Schlaumeciern bis zu dem im Januar 1910 stattfindenden Generalversammlung vertrocknen lassen und — in dieser Versammlung war natürlich niemand da. So waren die Chemnitzer den Zentralverband auf einige Zeit los.

Als leidenschaftliche Agitatoren — und diese zum Amte gehörige gute Eigenschaft sehen wir auch beim Geschäftsführer des Kartonnagenfabrikantenverbandes, dem bezahlten Agitator, voraus —, wissen wir, daß der Zentralverband in Chem-

heim, von Weiß und Rind getrennt, muß er frönen, muß er im schweren Daseinskampfe seine Existenz, sein Brot suchen; dort muß er Werte zur Erhaltung der Gesellschaft schaffen, die ihn fortreibt von seinen Lieben, hinausführt in die Fremde, ins Ungewisse, in Not und Elend, dem Zufall des Schicksals überlassend; die ihn, den einzig Schaffenden, aber noch ausschließt von der menschlichen Gemeinschaft, die ihn nicht teilnehmen läßt an den irdischen, fleischlichen und geistigen Genüssen der gewaltigen Werke der Natur.

Dort in der Fremde, voller Sorgen um seine Lieben, um sein Heim, muß er aber auch noch Mehrwerte verarbeiten für die Drohnen der Gesellschaft, für die sogenannten „oberen Reichtumsfinden“, für die vom Glück mehr begünstigten wie er, der Paria, ihnen muß er im Schwelge seines Angesichts schweren goldenen Profit schaffen und ihnen muß er noch zum Tribut seine Gesundheit, sein Blut, sein Leben opfern. Opfern, damit sie ein sorgenfreies, genußreiches Leben voller Lust und Freude führen können; während er, der Proletar, der Schaffer und Erzeuger aller Lebens- und Genußmittel, mit Weiß und Rind ein elend Dasein zu führen gezwungen ist. Er arbeitet, entbehrt, hungert, verdrißt an Leib und Seele und stirbt, ohne je die Lichtseiten des menschlichen Lebens kennen gelernt zu haben.

Günstigenfalls erweisen ihm seine Ausbeuter, Unterdrücker und Entrechteter großmütig „Wohltaten“, für die er die Kosten selbst noch zu tragen und seinen Unterdrückern alleuntertänigst Dank abzusprechen hat.

Der ganze Ingegnim unseres Herzens gegen dieses Gesellschaftssystem, das einen solchen Antikulturzustand herbeiführt hat und mit allen Mitteln weiter erhält, stieg angesichts dieser bitteren Wahrheit und Tatsachen in uns auf.

nitz nicht locker lassen wird, gerade so wie wir. Und obwohl wir der Meinung sind, daß er nebenswerte Ergebnisse nicht haben wird, solange die hiesige Arbeitererschaft sich nicht ermannt, wollen wir jedoch nicht verschließen, ihm mit einigem einwandfreien Material zu dienen. Uns wurden die Preise eines ersten Exporthauses vermittelt, wie sie für unsere Erzeugnisse in den Jahren 1890 und 1910 bestanden. Und zwar wurden bezahlt für

Table with 4 columns: Item, 1890 pro Stück, 1910 pro Stück, and a note. Items include Frauenstrümpfe, Soden, Kinderstrümpfe, etc.

Alle diese Kartons sind mit Bindeband versehen. Weiter wurden bezahlt für

Table with 4 columns: Item, 1890 pro Stück, 1910 pro Stück, and a note. Items include Handschuhkartons, 2fach mit Stieg, etc.

Es wurde uns noch mitgeteilt, daß es Firmen gibt, die 1/2 Duzend Sodenkartons für 4 1/2 Pf. liefern, während der Herstellungspreis 5 1/2 Pf. netto für Material und Arbeitslohn beträgt. Dabei gewahren bei diesen gedrückten Preisen die hiesigen Fabrikanten bei größeren Posten noch 6-8 Proz. Rabatt. Schließlich zahlt der Schachtelmacher den Bestellern noch Schmiergelber, bezahlt bei Festlichkeiten, kurz, wir finden auch hier wie überall die schäuflichsten Gepslogenheiten des Schmiergelbersystems. Kein Wunder, daß in Chemnitz öfters Firmen in Konkurs geraten; im letzten Jahre allein 4. Nun sind ja solche Pleiten nicht zu beklagen, die Sache hat nur den Haken, daß sich immer wieder Leute finden, die solche Geschäfte kaufen und damit den alten Zustand aufrechterhalten. Bedenkt man die Steigerung der Rohmaterialien, die seit 1890 mindestens 20-25 Proz. betragen dürfte, ferner die Erhöhung der Spezen und auch eine, wenn auch nur geringe Steigerung der Arbeitslöhne, dann muß es jedem wunderbarlich erscheinen, wie mit diesen Preisen gewirtschaftet werden kann. Diese Preiserschleuderei ist eben nur möglich, weil die Chemnitzer Arbeitererschaft sich bisher nicht aufraffen konnte, Ansprüche ans Leben zu stellen, sondern unter den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen dahingevegetiert. Die Ergrungen des Proleten kommen weder der Arbeitererschaft noch den Fabrikanten zu Gute, sondern den Vorteil haben die Exporteure, die großen Strumpf- und Handschuhfabrikanten, die neben dem Verdienst ihrer Erzeugnisse noch einen halben Gulden an den Schachteln verdienen. Angesichts dieser traurigen Zustände wird es höchste Zeit, daß sich unsere Chemnitzer Kollegenchaft aufrafft und sich bessere Existenzbedingungen erkämpft. Viel-

Wir folgten nicht mehr den Schönheiten des heranbrechenden Tages, die sich in vollster Herzlichkeit vor unseren Augen ausbreiteten, wir betrachteten nicht mehr die erhabenen Wunderwerke der Natur; wir hörten nicht mehr die verschiedenen Stimmen und Regungen des erwachten Lebens, sondern wir sahen nur das tiefste Elend des Proletariats in seiner nackten Wirklichkeit; wir sahen nur noch den Kampf des Menschen gegen seine Unterdrücker, gegen seine Tyrannen, gegen die Parasiten der menschlichen Gesellschaft klar vor unsere Augen gerückt.

Wir sahen nur noch den ungleichen Kampf für Recht, Frieden, Freiheit und Brot auf der einen, und für gleichendes Gold, für Sinneslust, für ewiges Nichtstun auf der anderen Seite, ebenso klar und deutlich, wie eben den schweren Kampf des Tages, des Lichts und Lebens gegen die Nacht, gegen die Finsternis.

Wir hörten nur noch den Verzweiflungsschrei der Unterdrückten über ihre Sklaverei und den Rufschrei der Unterdrücker darüber, daß sich ihre Sklaven gegen „ihre Herren“ aufzulehnen wagten.

Sier fielen uns die treffenden Worte des Dichters Leopold Klabows ein:

„Hörst Du der Eulen wüßt Geschrei, Dann wisse, die Mitternacht ist vorbei; Sie krächzen und heulen aufgeschriert Vor Angst, daß bald der Morgen tagt!“

Und so wie der neue eben angebrochene Tag wiederum den Sieg über die Nacht dabongetragen hat, so sahen wir im Geiste auch die Arbeiter in dem Kampfe gegen ihre Feinde siegen.

Da wurde es uns zur Gewißheit, daß dieser Kampf kommen wird, ja, daß er bereits im vollen

leicht gelingt es dem Kartonnagenfabrikantenverband, hier Abhilfe zu schaffen (?).

Außer dem hier Erörterten haben als wichtigste Beratungspunkte auf dem Verbandstage der organisierten Kartonnagenfabrikanten zu gelten: Inträge auf Einführung von Kundenschutz, auf Einführung von Strafen bei Verstößen gegen Treu und Glauben und auf Einführung von Staffelleistungen. Der Antrag auf Einführung von Kundenschutz ist sicher von weittragender Bedeutung und hat ohne Zweifel seine Berechtigung. Die Geschäftsleitung erwartet von dieser Einführung ein Erstarren des Verbandes. Nur wird es noch jahrelanger Arbeit bedürfen, bevor dieser Antrag allgemein zur Durchführung gelangt. Die Schwierigkeit der Durchführung liegt in der eigenartigen Aufgabe der Aufträge. Der Schachtelfabrikant erhält die Bestellungen durch das Telephon von einem Angestellten einer Firma. Am Telephon findet auch der Schacher und Handel um die Aufträge statt, wodurch die Unternehmer in den meisten Fällen auch „hineingelegt“ werden, indem ihnen versichert wird, diese oder jene Firma liefere die Schachteln um den viel niedrigeren Preis. Die Folge davon ist, daß jeder Fabrikant versucht, sich seinen „Auftraggeber“, den Kontorlist, Lageristen oder wie sich dieser gerade betitelt, zu „kaufen“. Es werden nicht nur Schmiergelber in bar gegeben, sondern in jeder Beziehung wird versucht, sich diese Herrchen bei guter Laune zu erhalten. Und wie das so ist, der „Zufall“ will es, man trifft sich in einem Restaurant — und die Zechzahl der Schachtelfabrikant. Weil das nun aber jeder Fabrikant versucht und schließlich tun muß, hat sich ein Zustand herausgebildet, der für das Gewerbe geradezu eine Geißel geworden ist. Uns sind Fälle bekannt, daß der Fabrikant in einen bestimmten Karton ein Zwanzigmarsstück hineingelegt hatte. Kurz, wer am meisten „schmeißt“, dessen Kartons sind die „besten“, und der erhält am häufigsten Aufträge.

Daß diese schänderhaften Zustände lohnbrüder wirken, ist klar, und wir könnten nur begreifen, wenn der Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten soweit erstarke, um diesen Kundenschutz durchzuführen zu können. Wie weit vom Ziele der Verband aber noch ist, zeigt sich schon im nächsten Antrage, nach dem es nötig ist, Strafen einzuführen für die Mitglieder, die gegen Treu und Glauben verstößen. Das heißt doch mit anderen Worten, die Preisunterbietungen begehren. Ueber diesen Antrag soll eine Abstimmung entscheiden. Daß man auf dem Verbandstage selbst nicht wagte, einen Beschluß zu fassen, läßt tief bliken. Durch die Einführung der Staffelleistungen soll die Möglichkeit gegeben werden, auch den „Schwachen“, den Kleinfabrikanten, für den Verband zu gewinnen. Die „tragfähigeren“ Schultern haben den Antrag bis zum nächsten Jahre zurückgestellt und den Vorstand beauftragt, eine Vorlage dem nächsten Verbandstage vorzulegen.

Aus dem Geschäftsbericht, sowie aus den Verhandlungen des Verbandes der Kartonnagenfabrikanten geht unzweideutig hervor, daß dieser Verband im höchsten Maße bestrebt ist, seine Position

Gänge ist, und daß ihn der Sieg für das arbeitende Volk nachfolgen muß.

Lange wird er dauern und schwer wird er werden; er wird immer mehr neue Opfer fordern — und sie müssen gebracht werden und sie werden fallen, aber sie werden dem Kampfe und Siege nicht vergebens gebracht sein; sie sind seiner wert.

Das waren die Empfindungen, die angesichts des neuen Tages und angesichts unserer Umgebung, die innerlich mit uns fühlen mußte, hoffnungsfreudig in uns aufstiegen und die unsere Hoffnungen und Wünsche weitertrugen — hinein in die kommende Gegenwart, dem neuen Tag der Freiheit und des Friedens in der ganzen Welt entgegen.

Von diesen aufsteigenden Gedanken durchdrungen, erreichten wir endlich unser Ziel.

Als wir aufstiegen, blickten von der Maschine des Zuges, der uns durch die finstere Nacht, dem Licht entgegengebracht hatte, mit übermächtigen Zügen und in so rubiger, sinnender Haltung, der Führer und Geizer auf die vorbeiströmenden Proletarier herab, als wollten sie ihnen zusehen: Wir haben euch durch Nacht und Finsternis, weitab vom Ziel, dem heutigen neuen Tag, dem neuen Licht, eurem Ziel entgegengebracht und es euch erreichen lassen, nun strebt und wirkt auch ihr mit Miesenkraften für den nahesten neuen Tag des Klassenbewußten Proletariats und für die Verwirklichung der hohen Ziele des sozialistischen Gedankens!

Mit dieser innerlichen Mahnung und von den besten Gefühlen, Vorsetzen und Hoffnungen durchglüht, verließen wir den Bahnhof, um uns hineinzuwerfen in den Kampf um täglich Brot, um die Lebensexistenz, für die Befreiung des Proletariats, und für den kommenden neuen Tag der darzubenden, unterdrückten Menschheit. —

zu beseitigen, und daß er an dem Ausbau seiner Organisation rüstig arbeitet. Das muß für unsere Kollegenchaft der Kartonnagenbranche ein Ansporn sein, ein gleiches zu tun, überall die Säumnigen aufzuräumen, damit die Kartonnagenarbeiter zu geeigneter Zeit gerüstet und geschlossen dem Unternehmerverband gegenüber treten können. Weherzigen die Kartonnagenarbeiter das, dann wird es leicht sein, gegebenenfalls die Gleichberechtigung zu erlangen, wir werden als gleichberechtigter Faktor bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anerkannt werden müssen. Dieses Ziel zu erreichen, muß fortgesetzt uns vor Augen schweben, weil wir wissen und überzeugt sind, daß nur dadurch gesündere Verhältnisse in der Kartonnagenbranche eintreten können.

Aus der Chronik der Klassenkämpfe.

Der Kampf mit untauglichen Mitteln.

Das heiße Verlangen der arbeitenden Klasse nach der Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft treibt immer neue Scharen proletarischer Kämpfer in die Bewegung zur Erlangung einer schaffensfrohen Lebensführung. Die schier unüberwindlichen Hindernisse, die dem Proletariat entgegenstehen, lassen die Erfüllung des angeführten Zieles innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft aussichtslos erscheinen und drängen mit Gewalt auf die Erstrebung einer freieren Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterbewegung kämpft für die neue Gesellschaft gegen Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung. Die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und unschädlich zu machen, das ist zur „vornehmsten“ Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Die besitzenden und herrschenden Klassen nehmen die Mittel zum Kampfe, wo und wie sie sich ihnen gerade darbieten. Sie greifen zu anderen Mitteln, sobald die angewendeten sich ihnen als untauglich erwiesen haben.

Die große Aussperrung im Baugewerbe entsprang dem Machtgelüste der erstarkenden Unternehmerorganisation und konnte in ihrer gewaltigen Ausdehnung nicht ohne Wirkung und Einfluß auf die Umwelt bleiben. Doch rief sie zugleich die Solidarität des arbeitenden Volkes in einer für die Unternehmer ganz unerwarteten und unerwünschten Weise wach, so daß der Erfolg der Aussperrung für die Unternehmer mehr und mehr zu schwinden begann. Damit hatten wohl die Arbeiter, nicht aber die Unternehmer gerechnet, die nun völlig ratlos waren und in banger Erwartung auf das Eingreifen der Regierung harrten. Und die Regierung griff ein. Sie tat das in einem Augenblick, da die Lage für die Unternehmer unhaltbar geworden war. Sie übernahm die Rolle des unparteiischen und legte die Führung der Einigungsverhandlungen in die Hände einiger Männer, die wirklich sich Mühe gegeben haben, unparteiisch zu wirken.

Die Arbeiterchaft begegnet den Einigungsversuchen einer Regierung, die bei weniger ausgedehnten Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit den Vergewaltigungsplänen des Unternehmertums Vorschub leistet und sich nicht scheut, den Arbeitern die bewaffnete Macht entgegenzustellen, mit einigem Mißtrauen. Sie sieht in der Regierung nur den Ausschüß für die Interessen der besitzenden Klassen. Der Umstand, daß die Regierung eingriff, als die Unternehmer in eine selbstverschuldete arge Lage geraten waren, konnte das vorhandene Mißtrauen nicht beseitigen. Das die Arbeiter nicht befriedigende Ergebnis rechtfertigt das leise Mißtrauen der Arbeiter sowieso schon, es kommt aber neuerdings eine außerordentlich bezeichnende Verunglimpfung hinzu, die von dem Regierungsorgan des deutschen Reichstanzlers, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ausgeht. Das Regierungsblatt schrieb vor wenigen Tagen: „Die hohen Preise für Nahrungsmittel empfindet das Bürgertum nicht weniger hart als das Proletariat. Aber wie gut es der Arbeiterchaft trotz der Teuerung noch geht, davon kann man sich insbesondere auf Bauplänen und in Schankwirtschaften überzeugen. Ob freilich die Familien der Bauhandwerker beispielsweise ebenso ausgiebig frühstücken wie das Familienoberhaupt, ist eine andere Frage. Und wenn dann zu Haus Schmalhans als Küchenmeister herrscht, so ist es leicht und billig, die „goldgeschwollenen Parastien“ und die „Blutsaugertamarilla“ dafür verantwortlich zu machen, daß Frau und Kinder hungern müssen.“ Nun wißt ihr es, ihr Bauarbeiter, die ihr „angeblickt“ für die Besserung eurer Lage wochenlang im Kampfe gelegen habt: das fetts Frühstück, von dem die Frau nichts wußte, schwelgte euch im Kampfe als Ideal vor und gab euch die Festigkeit, bei erheblicher gekränkter Streikunterstützung zu darben. Jetzt, nachdem ihr ein paar Pfennige für den Tag mehr

habt, jetzt wird dafür aber auch euer Frühstück gleich ein paar Mark mehr kosten können. Das hebt doch sicherlich alle Entbehrungen des Kampfes wieder auf! —

Aber die Auslassung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat noch einen anderen üblen Beigeschmack. Wie hieß es doch in der Begründung, die der Herr Regierungsrat Dr. Wiedefeld vom Reichsamt des Innern zum Dresdener Schiedsgerichtspruch gab? Hat die Begründung nicht vor aller Öffentlichkeit betont, daß die Arbeiterforderungen berechtigt waren? Es heißt wörtlich in der Begründung: „Die Frage nach dem Bedürfnis einer Lohnerhöhung hat unbedingt bejaht werden müssen. Die Gründe sind: Selbstverwertung bezw. Lebensmittelteuerung.“ Nun bestreitet ja das Blatt des Reichstanzlers die Teuerung nicht, tritt doch die allgemeine Notlage so deutlich hervor, daß sich die Regierung geradezu gezwungen sah, die Erhöhung der Zivilliste Wilhelm II. von 15¼ Millionen Mark um weitere 3¼ Millionen Mark jährlich mit der Lebensmittelteuerung zu begründen. Wie darf aber aus der Tatsache, daß es unter den Arbeitern nachlässige Familienväter gibt, eine Verunglimpfung der deutschen Arbeiterchaft hergeleitet werden? Die konservativ „Deutsche Tageszeitung“ begrüßt den Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und spricht den Wunsch aus, daß der Artikel öffentlich angeschlagen und verbreitet werden möchte. Wir schließen uns dem Wunsch des bürgerlichen Blattes an. Vielleicht aber kommt die Arbeiterpartei dem zuvor und läßt den Artikel in Millionen Exemplaren verbreiten. Dann wird die Abrechnung des deutschen Volkes bei den kommenden Reichstagswahlen mit dem herrschenden Regiment wohl gründlicher werden, als den „Staatsbehaltenden“ Kreisen lieb ist.

Jedenfalls lassen die jüngsten Erfolge der Sozialdemokratie bei den Nachwahlen zum Reichstag nichts Gutes für die bürgerlichen Parteien und die Regierung erwarten. Die Substimmung aller „nationalen“ Volkskreise über die „niedergerittene“ Sozialdemokratie bei den Wahlen 1907 weicht der blauen Furcht. Der Reichstanzler erläßt seinen Aufruf zur „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte“, und die bürgerlichen Parteien stehen ratlos da, obwohl sie im Grunde mit Bethmann Hollwegs Sammelparole gegen die Sozialdemokratie übereinstimmen. Vorläufig stellen sie sich kühl zum Sammelrufe, weil jede Partei befürchtet, ganz erhebliche Zugeständnisse machen zu müssen. Die Angst vor der Sozialdemokratie führt sie früher oder später alle zusammen; jede Partei möchte aber dabei so viel wie möglich im Vorteil sein. Das Zentrum will sich durch die „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte“ nicht kalt stellen lassen und erhebt durch Dr. Jul. Bachem im „Tag“ die Forderung der Gleichberechtigung des Zentrums“. Dr. Bachem schreibt weiter: „Verreiben läßt sich das Zentrum nicht, und ausschalten kann man es auf die Dauer auch nicht. Der Versuch ist dem Fürsten Bismarck beim Kartell und dem Fürsten Bülow beim Bloß möglich.“ Die Freikonservativen schüben eine Politik einer „Verständigung der nationalen Parteien von Fall zu Fall“ vor. Die Nationalliberalen spielen selbstverständlich wieder die Hägliche und unselbständigste Rolle. Sie stehen hilfesuchend den Reichstanzler um eine befreiende Erklärung an, ohne die sie sich „nicht binden“ könnten. Dagegen erklärten die Konservativen noch gegen Mitte Juli durch die „Kreuzzeitung“, eine „Vereinigung der bürgerlichen Parteien zu einer antisozialdemokratischen Phalanx“ sei den völligen Bruch der Nationalliberalen mit der Fortschrittlichen Volkspartei voraus, die es durch ihr Verhalten bei den letzten Reichstagsnachwahlen gründlich bei den Konservativen verdorben haben.

Zu dem Mittel einer „antisozialdemokratischen Phalanx“ für die nächsten Reichstagswahlen glaubt man noch ein neues Mittel zum Kampfe gegen die Arbeiterbewegung gefunden zu haben. Man spielt die Arbeiter gegen die Arbeiter aus und stellt Arbeiterkandidaten zum Reichstag auf. Das Mittel ist insofern neu, als es von den Konservativen und Nationalliberalen in Anwendung gebracht wird. Schon nach den Wahlen 1907 schien man sich im bürgerlichen Lager trotz des „glänzenden Sieges“ nicht so ganz sicher zu fühlen, und der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Heine klagte in der „Nationalzeitung“ über die Tatsache, daß in der nationalliberalen Fraktion kein Arbeiter vertreten sei. Jetzt haben die Konservativen einen Arbeiter zur Nachwahl in Frankfurt a. O. aufgestellt, der auch schon weidlich auf die Sozialdemokratie geschimpft hat. Dabei „vergaß“ er aber in seiner „Antrittsrede“ ganz die sozialen Forderungen und Ergebnisse der Sozialdemokratie und ein General z. D. war es, der ihn auf diesen Mangel aufmerksam machte. Zu den Reichstagswahlen 1911 sollen in vermehrtem Maße Arbeiter als Kandidaten der

bürgerlichen Parteien aufgestellt werden. Wir hoffen mit dem Bürgertum, daß auch dieses Mittel seine Wirkung auf das arbeitende Volk nicht verfehlen wird.

Mag auch die bürgerliche Gesellschaft immer zu Mitteln gegen die Arbeiterbewegung greifen, wie sie es für den Augenblick gerade für gut befindet, sei es das Mittel der brutalen Aussperrung oder das Mittel der Vermittlung seitens der Regierung, der sogleich das Mittel der Verleumdung auf dem Fuße folgt; sei es auch die erst jüngst wieder vom bayerischen Verkehrsminister v. Frauenborfer als einzig wirksames Mittel empfohlene soziale Gesetzgebung: das Ergebnis ist doch immer für die bürgerliche Gesellschaft ungünstig und schlägt zumeist in das Gegenteil des Gewollten um. Man scheint nicht einzusehen, daß man mit untauglichen Mitteln kämpft, weil ja die Arbeiterbewegung ein Produkt der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist. Nichts aber ist geeigneter, den Klassencharakter und die Mittel der Klassengesellschaft zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse bloßzustellen, als es seitens der französischen Regierung anlässlich des drohenden Eisenbahnerstreiks geschehen ist, indem sie für den Streikfall die Einberufung der Streikenden zur Fahne anordnet. Den Eisenbahnern sollen als Soldaten die Dienste aufzwingen werden, die sie im Kampfe mit dem Kapital als Arbeiter und Angestellte verweigern wollen!

Der Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist ein Kampf mit untauglichen Mitteln, der nur geeignet ist, der vorwärtsstrebenden Arbeiterbewegung immer neue Erfolge zu bringen.

Korrespondenzen.

Deutschland. Gesperrt sind in Dresden die Firmen Gebauer, Fiebig und Schröter, in Heilbronn die Firma Brock u. Feierabend. Zugang ist fernzuhalten von Rathenow (Stuisarbeiter).

Oesterreich. Die Kollegenschaft von Wien und Linz steht vor einer Lohnbewegung, weshalb Zugang fernzuhalten ist. Gewarnt wird vor Arbeitsannahme bei der Firma Giovanni Logar in Görz.

Schweiz. Ueber die Firmen A. W. Heine, Stidereiwerkstatt in Arbon, und Aktiengesellschaft Feldmühle in Rorschach ist die Sperre verhängt.

Belgien. In Turnhout in Belgien sind über 50 Papierarbeiter in den Streik eingetreten. Zugang ist von Turnhout streng fernzuhalten.

Kürnberg-Fürth. Die Aussperrung der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in den Meißtiffabriken dauert unberändert fort. — In den Kunstanstalten steht ein Kampf in Aussicht. Zugang von Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen, sowie Buchbindern, Prägern und Prägerinnen usw. ist streng fernzuhalten.

Rathenow. Fehlgeschlagene Unternehmerhoffnungen. Zu Beginn des Streiks in der Rathenower Stuisindustrie hofften die Fabrikanten, daß ihnen die in erheblicher Anzahl in den Nachbardörfern wohnenden Seimarbeiter Arbeitswilligendienste leisten würden. Diese Hoffnungen sind erfreulicherweise nicht in Erfüllung gegangen. Den Ausständigen ist es gelungen, auch die Seimarbeiter zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Die bedrängten Fabrikanten lassen nun alle Mühen springen, um sich die sonst so gefügigen Arbeitskräfte auf dem Lande während des Streiks zu erhalten. Folgende zwei Briefe eines Prinzipals an einen der von ihm beschäftigten Arbeiter geben davon Kunde:

I.
Ich empfang Ihren Brief vom 15. d. M. nebst Kündigung. Wie Ihnen und allen bei mir gewesenen Arbeitern bekannt war, herrscht bei mir eine 14tägige Kündigung, die auch Sie innezuhalten haben, wie sie alle Arbeiter innehielten. Ich nehme also Ihre Kündigung vom 15. Juli zum 29. Juli an. Alles weitere behalte mir vor. Es wird Ihnen wohl auch bekannt sein, daß während der Kündigung genau so weitergearbeitet werden muß, als die Wochen vorher. Ob ich Ihnen nach dem Streik wieder solche Arbeit werde geben können, bezweifle ich. (1)

Sie können aber auch versichert sein, daß ein anderer Rathenower Fabrikant Ihnen nach dem Streik niemals wird Arbeit geben. (1)

Hochachtungsvoll

L. M.

II.

Bezugnehmend auf Ihren Brief am Freitag, den 15. d. M., bitte ich Sie, mir am kommenden Mittwoch endgültig wissen zu lassen, ob Sie Ihre Kündigung aufrechterhalten. Nach meinen inzwischen eingezogenen Informationen ist Ihnen, wie auch wohl den anderen dort arbeitenden Stuisarbeitern, nicht ganz der wirkliche Sachverhalt klargestellt. Die Stuisarbeiter forderten 10-15 Proz. Zulage, wir bewilligten 5 Proz., auf Grund dessen wir hofften, Verhandlungen zu führen. Dies wurde aber rundweg abgelehnt. Die Arbeiter verlangten weiter Bezahlung aller gesetzlichen Feiertage, Minimallohn von 23 M. die Woche für jeden Arbeiter, und noch verschiedene mehr; dies lehnten wir natürlich ab. Alles in allem wurde nun der mutwillig heraufbeschworene Streik in Szene gesetzt. Mit welchen Mitteln nun die streikenden Arbeiter kämpfen, spottet teilweise jeder Beschreibung. Davon zu überzeugen, können Sie sich täglich, wenn Sie zu Beginn und Schluß der Arbeitszeiten nach Rathenow kommen, in den Betrieben, wo gearbeitet wird, mal aufpassen. Daß der Streik so gut wie aussichtslos ist, können Sie schon daraus ersehen, daß circa 107 Stuisarbeiter streiken und 70 Arbeiter mitarbeiten (sowie Arbeiterinnen). Zum Beispiel Preuß, Wozg, Rösche, Beskow, Förster haben die volle Anzahl und können jeden ausbessern, was auch geschieht. Außerdem ist beschlossen, daß kein Fabrikant Arbeiter (nach dem Streik) einstellt, die vordem anderweitig beschäftigt waren. Ihnen wird wahrscheinlich das Gegenteil erzählt worden sein. Außerdem ist es doch selbstverständlich, daß eine eventuelle Erhöhung die heute arbeitenden Arbeiter zu allererst bekommen. Zu beachten ist ferner, dauert der Streik längere Zeit an, so geht viel Arbeit Rathenow verloren, und manch ein Kunde bleibt uns dauernd fern, was natürlich dann auch wieder die Arbeiter trifft. Dies ist der wahre Sachverhalt, und stelle ich es nun Ihnen anheim, sich selbst ein Urteil zu bilden, damit können Sie aber rechnen, der Streik ist nicht in 4 Wochen abgetan, sondern er wird durchgekämpft, mag daraus werden, was will.

Hochachtungsvoll

L. M.

Die Briefe lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Fabrikanten nach bekannten Mustern nichts unberücksichtigt lassen, um die Heimarbeiter einzuschüchtern. Was die angelegte Ablehnung von Verhandlungen durch die Streikenden anbelangt, so ist gerade das Gegenteil der Fall. Nachdem die Arbeiter das Angebot einer fünfprozentigen Lohnerhöhung als im höchsten Grade unzulänglich abgelehnt hatten, wurde die Tarifkommission durch Versammlungsbeschluß beauftragt, mit den Fabrikanten unter Zugrundelegung des Tarifs auf neue zu verhandeln. Und da waren es die Prinzipale, die auf jede weitere Verhandlung verzichteten.

Auf Durchführung scheint die unwahre Angabe über die Zahl der Streikenden hinauszulaufen. Diese beträgt nicht 107, wie der „informierte“ Fabrikant glauben machen will, sondern 201, und zwar 127 männliche und 74 weibliche Personen. Durch die verzweifeltsten Bemühungen, Arbeitswillige zu erhalten, strahlt der „informierte“ Fabrikant seine belustigende Nennoministerie, daß die Arbeitswilligen, die leider in einzelnen Betrieben vorhanden sind, jeden Fabrikanten ausbessern können, selber lügen. Die Wahrheit ist, daß nahezu sämtliche leistungsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden. Mit Ausnahme einiger Dollarbeiter sind den Fabrikanten nur Minderleistungsfähige und Teilarbeiter verblieben, mit denen sie ihren Betrieb nicht lange aufrechterhalten können.

Die Streikenden wissen, daß sie nur durch einmütiges Zusammenhalten ihre beschiedenen Forderungen durchsetzen können und werden sich in dieser Ueberzeugung weder durch Drohungen, noch durch andere gleichwertige Mittel beirren lassen, bis der Sieg erungen ist.

Sebnitz. Zu einer Arbeitsniederlegung kam es am 20. Juli in der Firma R. Müller hier. Die Ursache hierfür war das selbstherrliche Auftreten eines Sohnes des Firmeninhabers, der seit Jahresbeginn in dem väterlichen Geschäft tätig ist und glaubt, durch besondere Schneidigkeit den Arbeitern imponieren zu können. Die Arbeitsniederlegung war die Antwort darauf. Gauleiter Pfüge konnte am

24. Juli durch Verhandlungen die Differenzen in befriedigender Weise schlichten, so daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Unter den Stehendgebliebenen befand sich unter anderen der zweite Vorsitzende des evang. Arbeitervereins und Kirch-Vorstandler Bachmann, Vertreter der Sebnitzer „Arbeiter“ im Sebnitzer Stadtparlament.

Pforzheim. Die öffentliche Versammlung der hiesigen Stuisarbeiter- und Arbeiterinnen vom Montag, den 18. Juli, beschäftigte sich mit dem Abkommen von 1908 und Stellungnahme zur Erneuerung desselben. Der Vertrauensmann der Stuisarbeiter, Kollege Dietrich, referierte hierüber, streifte kurz die früheren Lohnbewegungen, besprach die durch die verfehlte Zoll- und Finanzwirtschaft hervorgerufene verteuerte Lebenshaltung der Arbeiterschaft und ging dann über zur gegenwärtigen Lage im Stuisgewerbe. Er berührte die Lohnbewegungen der Stuisarbeiter in den verschiedenen Orten, Hanau, Rathenow, Berlin und Eilenburg. Von Pforzheim konnte er an der Hand statistischen Materials nachweisen, daß den meisten der hier Beschäftigten seit 1906 keine Lohnzulage gewährt wurde. Es müsse darum eine Erhöhung des Lohnes eintreten. Das Abkommen von 1908, welches am 1. August abläuft, kann mit einigen Abänderungen wieder erneuert und mit den Prinzipalen in Unterhandlungen darüber eingetreten werden. Unsere Forderungen betragen sich in folgendem Rahmen:

Die Arbeitszeit ist eine neunstündige. Sonnabends und an Vorabenden von Feiertagen beträgt sie acht Stunden. Vom 1. August 1910 an erhöhen sich die bis jetzt gewährten Stundenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um 4 Pf. pro Stunde. Hierunter fallen auch die Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen und gilt für diese als Grundlage zur Berechnung die jeweils wöchentlich geleistete Zahl von Arbeitsstunden. Ueberzeitarbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden. In dringenden Fällen wird für die ersten zwei Stunden je 20 Proz. Zuschlag, für die dritte und vierte Stunde je 50 Proz., für jede weitere Stunde (Nachtarbeit) und Sonntagsarbeit 100 Proz. bezahlt. Die nach § 105b der Gewerbeordnung am Sonntag zulässigen, im Interesse des Betriebes liegenden Arbeiten werden mit 50 Proz. Zuschlag entlohnt. Die für Termine und Kontrollversammlungen notwendige Zeit soll bei der Berechnung der Ueberzeitarbeit nicht in Abzug gebracht werden, bei anderen berechtigten Abhaltungen ist der Kulanz der Arbeitgeber empfohlen, die Zeit nicht in Abrechnung zu bringen. Zeitverräumnisse, die durch den Arbeitgeber selbst veranlaßt werden, sowie allgemeine Feiertage kommen ebenfalls nicht in Abzug. Es ist nicht zulässig, daß den im Betrieb beschäftigten Personen Heimarbeit mit nach Hause gegeben wird. Die gegenseitige Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Die bestehenden Vereinbarungen treten am 1. August 1910 in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 31. Juli 1913. Abänderungsanträge sind beiderseits spätestens 1 Monat vor dem 31. Juli 1913 der vorbezeichneten Schlichtungskommission zu unterbreiten. Werden bis zu dem genannten Termin keine solchen Anträge gestellt, so gelten die Vereinbarungen auf ein weiteres Jahr. Die Antwort der Prinzipale auf die vorstehenden Forderungen wird bis zum 27. Juli erwartet.

Die einstündigen Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die anschließende Debatte bewegte sich vollständig im Sinne des Referats. Im Schlußwort wurde noch darauf hingewiesen, geschlossen für die gestellten Forderungen einzutreten und den guten Ruf als kampferprobte Kollegen sich auch für die Zukunft zu bewahren.

Unterreichenbach b. Pforzheim sah am 19. Juli ebenfalls eine öffentliche Stuisarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die sich mit demselben Thema beschäftigte wie die Pforzheimer Versammlung und in welcher ebenfalls Dietrich referierte. Auch hier wurden die Ausführungen des Referenten beifällig aufgenommen. Die Anwesenden schlossen sich ihren Pforzheimer Kollegen an und erklärten sich einstimmig für die Forderungen, welche in Pforzheim aufgestellt wurden. Die Unterreichenbacher Stuisarbeiterschaft hat einsehen gelernt, daß nur Einigkeit sie zum Ziele führt. Möge sie stets von diesem Geist befeuert sein.

Murzen. Das letzte halbe Jahr brachte uns recht gute Erfolge. Die Mitgliederzahl stieg und verbierfachte sich. Selbst die Hausarbeiterinnen schließen sich dem Verbande an. Dieser Erfolg ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Lohnverhältnisse gegen früher gedrücktere geworden sind, und das trotz der teuren Zeiten. Das hat die Kollegenchaft aufgerüttelt und so kam es, daß die Versammlungen der letzten Zeit sehr gut besucht waren.

Von über 200 Personen war die Versammlung vom 16. Juli besucht, in welcher Kollege Pfüge über „Die Lage der Kartonnagenarbeiter und -Arbeiter-

rinnen und der Deutsche Buchbinderverband“ sowie über „Die Kündigung des Kollegen Scheibe bei der Firma Zimmermann u. Breiter“ referierte. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen und waren etwa 40 Aufnahmen zu verzeichnen. Die Kündigung Scheibe betreffend, gab Pfüge bekannt, daß er bereits bei der Firma vorstellig geworden sei und die Chefs mit dieser Kündigung keinesfalls eine Maßregelung hätten aussprechen wollen, sondern Arbeiterinnenmangel veranlasse die Firma, Zuschneider zu entlassen. Sch. sei der zuletzt Eingestellte, allerdings schon vor acht Jahren. Die bei der Firma gelernten Zuschneider wolle die Firma nicht entlassen. Die Kollegen und Kolleginnen waren anderer Meinung und nahmen folgende Resolution an und beauftragten Kollegen Pfüge, mit einer gewählten Kommission nochmals bei der Firma vorstellig zu werden.

„Die heute, am 16. Juli 1910, im Restaurant „Zum Bürgergarten“ versammelten Kartonnagen-Arbeiter und -Arbeiterinnen der Firma Zimmermann u. Breiter können in der Kündigung ihres Kollegen Scheibe nur eine Maßregelung erblicken, da nach Erörterung der angegebenen Kündigungsgründe diese nicht als stichhaltig erachtet werden können. Ohne der Firma in ihre Rechte, eine Kündigung aussprechen zu dürfen, einreden zu wollen, so liegt in diesem Falle die Sache so, daß eine Regelung sehr wohl möglich ist. Die Versammelten sprechen deshalb den Wunsch aus, diese Kündigung zurückzunehmen; andererseits erklären sich die Zuschneider auch bereit — falls wirklich Arbeitsmangel vorhanden ist —, wie früher schon verkürzt arbeiten zu wollen. Auch könnte sehr wohl eine passende Verschiebung in der Besetzung der Stellen stattfinden. Diese unsere Anregungen empfehlen wir der Firma Z. u. Br. zur Erwägung, um dadurch die zurzeit bestehende Unstimmigkeit im Interesse beider Teile in friedlicher Weise zur Erledigung zu bringen und es nicht erst nötig wird, schärfere Maßnahmen zu ergreifen.“

Die Zurücknahme der Kündigung wurde von der Firma nach langer Verhandlung genehmigt. Die größte Schwierigkeit bot ein taktisch recht unklug abgefaßter Handzettel. Eine Mahnung für die Zukunft und für alle, solange Verhandlungen über strittige Punkte schweben, jede Schärfe zu vermeiden.

Eisenberg. Die von über 200 Mitgliedern besuchte außerordentliche Versammlung der Zahlstelle vom 21. Juli nahm ein Referat des Kollegen Bräuner-Berlin über: „Die Beschlüsse des Verbandes deutscher Stuisfabrikanten und die Lohnbewegungen im Stuisgewerbe“ entgegen. Neben ließ die Beschlüsse des Verbandstages der Fabrikanten, der am 19. Juni in Eisenach tagte, Rebut passieren. Er wies insbesondere darauf hin, daß, wenn der Generalsekretär Rasse bestrebt sein sollte, die Maximen, die bei den Arbeitgebern der Metallindustrie üblich sind, auf das Stuisgewerbe zu übertragen, er damit Schiffbruch leiden dürfte. Im Stuisgewerbe sind glücklicherweise die Kollegen und Kolleginnen seit langer Zeit zu der Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation gekommen, andererseits ist aber nicht ein deartiges kapitalträchtiges Unternehmen vorhanden, das ohne erhebliche Schäden wochen- oder monatelang einen Kampf mit der Arbeiterschaft aufnehmen kann. Wenn die Stuisfabrikanten über Preisdrückereien von den Nichtmitgliedern Klage führen, so sollten sie doch bedenken, daß sie mit ihrem Verbands und im Verein mit den Arbeitern wohl instand wären, jeglicher Preisdrückerei die Spitze zu bieten, und zwar dadurch, daß sie einheitlich geltende Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzten und mit den Arbeitern zu Tarifabschlüssen gelangten. Statt sich zu dieser Ansicht aufzuschwingen, habe der Verband der Stuisfabrikanten beschlossen, auf keinen Fall Tarife mit den Arbeitern abzuschließen, ja sogar da, wo solche bestehen, diese zu kündigen. Hierin offenbare sich die Kurzsichtigkeit der Unternehmer. Diefelben sind jedoch nicht in der Lage, diese Beschlüsse hochzuhalten, denn wenige Tage nach dem Beschluß hat man sich in Hanau gelagert, gefahren, zwar keine „Tarifverträge“, aber „Vereinbarungen“ im Beisein unserer Organisationsvertreter zu treffen. Redner erwähnt nun noch die Verhältnisse im Stuisgewerbe, insbesondere die von Eisenberg, und zeigte den Kollegen und Kolleginnen, wie durchaus notwendig eine festgefügte, einige Organisation sei, um auch hier in Eisenberg Besserung zu schaffen. Nach seinem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen entspann sich eine kurze Debatte, in der sich sämtliche Redner dafür aussprachen, auch in Eisenberg für eine Besserung der Verhältnisse Sorge tragen zu wollen. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 21. Juli 1910 im „Mtenburger Hof“ tagende außerordentliche Versammlung der Stuisarbeiter und -arbeiterinnen erklärt:

In Erwägung, daß die Lebensmittelpreise in erheblicher Weise gestiegen sind, in weiterer Erwägung, daß durch diese Steigerung die Lohnverhältnisse nicht mehr als befriedigend angesehen werden können, ist es notwendig, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Versammlung beauftragt daher die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinderverbandes, in nächster Zeit eine weitere Versammlung einzuberufen, die eventuell weitere Schritte zu beschließen hat."

Der Ruf: "Euisarbeiter vor die Front!" scheint nicht ungehört zu verhallen.

München. In der gut besuchten Versammlung vom 18. Juli erstatteten die Kollegen König, Krahfch und Faust Bericht vom Verbandstag. In eingehender Weise schilderten die Berichterstatter die in Erfurt geleisteten Arbeiten. Das Arrangement der zukünftigen Verbandstage müsse ein besseres werden, zumal das gleichzeitige Tagen von Kommissionen und Plenum, denn die jetzige Art grenze an Affordarbeit. Die wichtigste Frage des Verbandstages war die geplante Einführung der Invalidenunterstützung, über die nun die Kollegen selbst entscheiden sollen. Fest steht, daß die Abstimmung auf dem Verbandstage viele Delegierte enttäuscht habe. Die Arbeiten des Verbandstages können im ganzen als gute bezeichnet werden, wenn auch nicht alle Wünsche der Mitglieder befriedigt worden seien. An die Kollegen der 4. Beitragsklasse wurde warm appelliert, in der Urabstimmung für die Einführung der Invalidenunterstützung geschlossen einzutreten, denn gerade diese Einrichtung sei am ehesten geeignet, der Verschmälerung der graphischen Berufe näher zu kommen. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß der Beschluß des Verbandstages betriffs der Invalidenkasse durch geschlossenes Eintreten der Beteiligten für dieselbe annulliert werde. Die meisten Redner traten warm für die Einführung der Invalidenunterstützung ein. Der Beschluß des Verbandstages, daß den Beamten, die für Ausübung eines Mandates Diäten beziehen, $\frac{1}{2}$ des Gehaltes in Abzug gebracht werden sollen, fand nicht die ungeteilte Zustimmung der Versammelten, ebenso, daß Süddeutschland zu dem Gewerkschaftskongress keine Vertretung erhalten habe. Im übrigen fanden die Arbeiten des Verbandstages volle Zustimmung der Versammelten. Diese Versammlung war die letzte im Café dall'Armi, in dem wir nun gegen 14 Jahre tagten. Das neue Lokal werden wir später bekanntgeben.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 19. Juli wurde der Geschäfts- und Kasienbericht sowie der Bericht vom Verbandstag gegeben. Den Geschäftsbericht erstattete Nuhleder. Es fanden im 2. Quartal 1 Generalversammlung, 2 Mitglieder- und eine Extraversammlung statt. Vertrauensmännereinigungen wurden zwei abgehalten. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in neun Sitzungen, eine davon mit dem Vorstande der Ortskrankenkasse der Buchbinder zwecks Anschluß dieser Klasse an die Allgemeine Ortskrankenkasse Hamburg. Der Mitgliederbestand hat sich von 960 auf 990 gehoben. Den Kasienbericht erstattete Küster. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 4293,30 Mk. und eine Ausgabe von 3291,83 Mk. Die Lokalkasse hatte 1840,96 Mk. Einnahme und 1716,14 Mk. Ausgabe. Ueber den Verbandstag berichtete Wilhelm. Redner führte der Versammlung in großen Zügen den Gang der Verhandlungen vor Augen. Die Verhandlungen über die Beitragserhöhung und die Einführung der Invalidenunterstützung gab er in ausführlichster Weise wieder. Nuhleder ergänzte diese Ausführungen in einigen Punkten, dabei bemerkend, daß anscheinend den Verbandsvorstand weniger die angeführten humanitären Gründe zur Einführung der Invalidenunterstützung leiten ließen, als vielmehr das Bestreben, recht viele Gelder in der Kasse anzusammeln. Haupt sprach in längeren Ausführungen gegen die Invalidenunterstützung, dabei hervorhebend, daß wir uns durch eine eventuelle Einführung derselben auf eine schiefte Ebene begeben. Es könne uns leicht so gehen, wie feinerzeit dem Verband der Steindruckerei, daß eine reaktionäre Regierung bei einer größeren Lohnbewegung die Hand auf unser Vermögen halte und uns vollkommen lahmlege. Redner ersucht alle Kollegen, gegen die Einführung zu stimmen. Brunow spricht sich in scharfer Weise gegen die Agitation für die Invalidenunterstützung in der „Buchbinderzeitung“ aus. Redner ist der Meinung, daß die Urabstimmung zu Unrecht vorgenommen werde, denn da die Invalidenunterstützung einmal abgelehnt sei, müsse die Frage erledigt sein. Des weiteren wendet er sich gegen die Verbandsbeamtenkonferenzen. Auch der sogenannte Gewerkschaftskongress sei weiter nichts als eine Versammlung von Gewerkschaftsangehörigen. Schlegel weist darauf hin, daß sich die Wichtigkeit seiner schon früher geäußerten Anschauungen immer mehr bewahrheitete. Das zeige auch der diesmalige Verbandstag: Er-

höhung der Beiträge, Erhöhung der Beamtengehälter; aber für die Mitglieder sei trotz immenser Lebensmittelverteuerung nichts geschaffen. Auf dem Gewerkschaftskongress seien fast nur Angestellte angewandt, und deren Beschlüsse würden nachher als Richtlinien für die Arbeiterbewegung aufgestellt. Im übrigen wendet sich Redner gegen jede Unterstützungseinrichtung, und vor allen Dingen gegen die Invalidenunterstützung. Gärtler ist für Einführung der Invalidenunterstützung. Küster macht darauf aufmerksam, daß frühere Verbandstage die Einführung der Invalidenunterstützung als vornehmste Aufgabe des Verbandes bezeichnet haben, und wenn nun durch eine Urabstimmung den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, ihre Stimme für oder gegen die Invalidenunterstützung abzugeben, so wäre dem demokratischen Gefühl der Mitglieder doch wohl und ganz Rechnung getragen. Im Gegensatz zu Brunow und Schlegel ist Redner der Meinung, daß der Verband bisher großes für die Mitglieder geleistet habe, und daß sich die Invalidenunterstützung als segensreich erweisen werde. Ueber Lohnbewegungen und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sei in ausreichendem Maße verhandelt worden, nur ist diesmal auch eine andere Taktik eingeschlagen worden. Im den Unternehmern unsere Absichten nicht gleich auf dem Präventivteller darzubringen, sind diese Verhandlungen geheim gewesen, und könne daher auch nicht in aller Breite hierüber berichtet werden; die gefasste Resolution sei den Mitgliedern ja zur Kenntnis gebracht. Eine Erhöhung der Beiträge der 2. und 4. Klasse habe sich notwendig gemacht, um einen Ausgleich der Beiträge und der Leistungen zu schaffen. Wilhelm wendet sich gegen Haupt, Brunow und Schlegel. Die Ausführungen Schlegels könne er wohl verstehen, da dieser ein Gegner aller Unterstützungseinrichtungen sei, aber Haupt und Brunow seien doch im Prinzip für die Invalidenunterstützung, ihnen gefalle bloß die augenblickliche Einführung nicht. Wenn nun den Mitgliedern selbst Gelegenheit gegeben wird, darüber zu bestimmen, so werde doch allen Forderungen Rechnung getragen. — Ein Schlusssatz wird abgelehnt, dagegen wird ein Antrag, die Diskussion über die Invalidenunterstützung fortzusetzen, die weitere Debatte über den Verbandstag aber zu vertagen, angenommen. Nachdem noch einige Redner für und gegen die Invalidenunterstützung gesprochen, erfolgte Schluß der Versammlung um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Bremen. Unsere Mitgliederversammlung vom Sonnabend, den 23. Juli, erfreute sich eines verhältnismäßig guten Besuchs. Leider hatte sich gerade diese Versammlung mit einer recht unerquicklichen Angelegenheit zu beschäftigen. Der Vorsitzende Koberg gab außer einer Reihe wichtiger Mitteilungen auch bekannt, daß das Bezirkskassierwesen eine durchgreifende Aenderung erfahren hat; die Beiträge werden von nun an regelmäßig wöchentlich aus den Wohnungen der einzelnen Mitglieder abgeholt. Um dieses nun gut durchzuführen zu können, zog der Vorstand sämtliche Mitgliedsbücher zur Kontrolle ein und gab gleichzeitig Fragebogen aus, um die genauen Adressen der einzelnen Mitglieder zu erfahren. Diese Fragebogen enthielten weiter einige verwaltungstechnische und außerdem statistische Fragen, welche von den Kollegen Fride, Herrmann, Kühnemund und Wellner in recht ungebührlicher Weise beantwortet wurden, z. B. wurden die Fragen nach der Wohnung mit „bei meiner Frau“, „Bremen“ und „im Hause“, die Frage nach dem Lohn mit „jede Woche gleich“, „Geld“ und „?“ beantwortet. Die Frage nach eventuellen Ferien wurde mit „Neugier“, und „53 Sonntage“ beantwortet. Außerdem enthielten 4 unserer Fragen die Anrede Du, was diesen Kollegen ganz und gar nicht gefiel. Das bezeugen die schriftlichen Bemerkungen: „Ich bin gewohnt, mit „Sie“ angeredet zu werden“ und „Kennst Du Knigges Umgang mit Menschen“. Eine ganze Reihe weiterer Bemerkungen wagen wir aus Anstandsgefühl der Öffentlichkeit gegenüber nicht preiszugeben. Man bedente, daß dieses von Kollegen geübten Alters geschrieben wurde und einer von ihnen schon weit über 500 Mk. an Unterstüttung vom Verband bezogen hat. — In kurzen Ausführungen schildert der Vorsitzende sodann den Verlauf der Verhandlungen über die Gründung des graphischen Kartells, welche anfänglich durch die Weigerung der Buchdrucker zu scheitern schienen, aber mit der Konstitution eines losen Kartells einen einigermaßen glücklichen Abschluß fanden. Unser Vorsitzender Koberg ist mit der Führung der Geschäfte dieses Kartells beauftragt worden. — Unter „Verschiedenes“ griffen die oben genannten Kollegen unseren Vorsitzenden in recht geschäftiger Weise an. Hiergegen erhob die gesamte Versammlung heftigen Widerspruch, der darin gipfelte, daß die Versammlung dem ersten Vorsitzenden ihr Vertrauen ausdrückte. Zum Schluß erklärte letzterer, daß er ungeduldet solcher Angriffe nach wie vor die Interessen der gesamten Kollegenenschaft vertreten werde, nur

den einen Gesichtspunkt verfolgend, unserm Ziele entgegen.

Annaberg-Buchholz. Aus den kleinen Anfängen einer Buchbinderei- und Galanteriewarenverfertigung, welche im Jahre 1846 in Buchholz von Georg Adler ins Leben gerufen wurde, entwickelte sich schon im folgenden Jahre ein Betrieb mit 16 Arbeitern. Doch der schlechte Geschäftsgang in der Porzellanbranche zu Anfang der 50er Jahre veranlaßte diesen rührigen Unternehmer zur Fabrikation von Phantasielartonnagen überzugehen, welche zu dieser Zeit nur in Frankreich hergestellt wurden. Dieses neue Fabrikat fand Anerkennung nicht nur in dem weiten Kundenkreis, sondern auch die polytechnische Gesellschaft in Leipzig betonte, daß diese Erzeugnisse der Pariser Ware nicht nachstehen. Im Jahre 1862 wurde von selbiger Firma noch die Lederprägerei mit Erfolg eingerichtet und noch im selben Jahre wurde infolge Vergrößerung der Fabrik eine Steindruckerei eingerichtet. Durch die zur Luxusartonnagenindustrie benötigten Holzarbeiten sah sich die Firma Georg Adler veranlaßt, im Jahre 1865 ein eigenes Säge-, Schneide- und Fräswerk in Waltersdorf zu errichten. Aus allen diesen Anlagen, verbunden mit einer Kunstschlerei, entstand nach kurzen Zwischenräumen ein mit den modernsten Holzbearbeitungsmaschinen ausgerüstetes Großunternehmen, welches trotz der letzten allgemeinen Krise florierete.

Den größten Umsatz in Luxusartonnagen erzielte diese Firma in den Jahren 1896 bis 1899 durch europäische und überseeische Aufträge.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gingen die Aufträge für das Ausland allmählich zurück, was hauptsächlich auf die steigenden Zollsätze zurückzuführen ist, aber auch die im Frühjahr 1908 bei uns einsetzende Krise trug wesentlich zur Verringerung der Arbeitsgelegenheit bei.

Erst in diesem Jahre (1910) machte sich ein flotterer Geschäftsgang bemerkbar. Da sich die Fabriken der Firma Georg Adler rasch entwickelten, auch ganz ansehnliche Gewinne abwarfen, entstanden nach und nach eine ganze Reihe größerer und kleinerer Betriebe.

Durch diese Neubildungen, hauptsächlich durch die zuletzt entstandenen, kam es zu sehr scharfen Konkurrenzämpfen, daß man mitunter ohne Profit arbeitete, nur um feste Kunden zu erschaffen.

Daß dadurch die Arbeiter der Kartonnagenbranche die Geschädigten waren und die Akkordpreise in allen Werkstätten empfindlich verschlechtert wurden, war die vorausgehende Folge.

Aber zum Leidwesen des Berufes werden gerade die neuentstandenen Fabriken mit Arbeitsangeboten überlaufen. Wir als Berufsangehörige haben doch keine Ursache, diese Betriebe zu unterstützen.

In diesen Werkstätten muß der Hebel zur Besserung angelegt werden, denn bekanntlich bilden die jungen Fabriken auch den größten Hemmschub bei Lohnbewegungen.

Die Verschiedenartigkeit der Branchen zwischen Annaberg und Buchholz zeigt uns, daß die Annaberger Betriebe mit ihrer Galanteriewarenbranche im Durchschnitt 20 Proz. weniger für Akkordpreise auswerfen als Buchholz mit der Parfimeriebranche. In beiden Orten besteht zurzeit Mangel an Lehrlingen. Nur die größte Fabrik in Annaberg hat es verstanden, vergangene Ostern 30 Lehrlinge anzunehmen, die Schiften mühten hier mit zwei Lehrlingen arbeiten, wodurch sie erst einen halbwegs annehmbaren Akkordlohn erzielen.

Nicht scharf genug können die Mißstände, wie mangelnde Reinlichkeit in den Werkstätten und Garderoben, und die Abortverhältnisse gerügt werden. Schon länger hätte man veranlassen sollen, daß die Arbeiterauschüsse diese Mängel beseitigen. Es gibt Arbeitsräume, welche eher einer Kauderzammer gleichen. Hinzu kommt noch, daß die Abfälle vielfach die ganze Woche über liegen bleiben, im günstigsten Falle wird zweimal gefeiert. Zu verwundern ist es bei dieser Dreckerlei nicht, wenn die Aborte sehr selten gesäubert werden, es gibt sogar einen Betrieb in Buchholz, wo wegen der Unkultur das Holz vorwärts mit Blech beschlagen ist. Von einem Waschen der Diele ist ganz selten die Rede. Was Reinlichkeit und Ordnung anbetrifft, steht die größte Firma, Adler in Buchholz, mufteigiltig da. Es müßte doch in den anderen Werkstätten auch so möglich sein.

Münberg. Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir von der Bleistiftfabrik vorn. Johann Faber A.-G. in Münberg nachstehende „Berichtigung“: In der Nummer 30 Ihres Blattes bringen Sie einen Artikel über den bei unserer Firma eingetretenen Streik. In diesem Artikel ist die Behauptung aufgestellt, daß die Direktion unserer Fabrik jede Unterhandlung brüst abgelehnt hätte. — Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, weshalb wir Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung ersuchen:

Es ist unwa h r, daß die Direktion der Meißnitzfabrik vorm. Johann Faber N.-G. jede Unterhandlung mit den Arbeitern brüsk ablehnte. Wa h r dagegen ist, daß sie im Verein mit der Lyra-Meißnitzfabrik, der Schwan-Meißnitzfabrik und der Firma F. S. Staedler wiederholt mit dem Holzarbeiterverbande unter Zugiehung von Vertretern der Arbeitergesellschaft verhandelt hat und daß sämtliche Firmen bereit waren, einen erheblichen Teil der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen zu bewilligen."

Rundschau.

Unsere Invalidenunterstützung wird voraussichtlich mit starker Majorität angenommen werden, wie aus den bis zur Drucklegung dieser Nummer vorliegenden Resoluiten zu ersehen ist. Mitteilungen über das Abstimmungsergebnis lagen vor von 28 Zahlstellen und Gauen. Bemerkenswert ist, daß sich bis jetzt in keiner Zahlstelle eine Majorität gegen den neuen Unterstützungsbeitrag fand.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt in den Tagen vom 13. bis 15. Juni in München seinen siebenten Genossenschaftstag ab, dem der Vorstand und der Generalsekretär einen umfangreichen Bericht über die Entwicklung im Jahre 1909 vorgelegt hatten.

In gewerkschaftlicher Hinsicht waren von besonderer Wichtigkeit die Verhandlungen über die Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften, betreffend a) Stellungnahme zu den Erzeugnissen der Hausindustrie und Heimarbeit; b) Vertrieb von Strafanstalts-erzeugnissen; c) Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmerorganisationen abgeschlossenen Tarife; d) die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder und e) die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften.

Einsichtlich der Hausindustrie und Heimarbeit stimmte der Genossenschaftstag einem Beschluß zu, in dem es heißt: „Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Uebergang zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen. Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen. Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Errichtung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden.“

Die Entscheidung über die Strafanstalts-erzeugnisse besagt u. a.: „Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehrwerkstätten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunternehmer verkauft, welche mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstalts-erzeugnisse vom freien Wettbewerb und der Uebertragung der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten. Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstalts-erzeugnissen hinzuwirken.“

Der Genossenschaftstag stimmte auch folgender Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften zu: „Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsaufrägen sowie bei Vergabung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Ver-

einbarungen anerkennen. Soweit schriftliche Werkverträge über die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaft und die zwischen diesen und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.“

Daraufhin wird von der Generalkommission der Gewerkschaften dem nächsten Gewerkschaftstagesongez eine vom Genossenschaftstag gebilligte Entscheidung über die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder vorgelegt werden, die unter anderem lautet: „Der Kongreß erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse sowie durch Druckschlüsse in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen. Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirkes sind die örtlichen Gewerkschaftskartelle verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftlern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftskartelle können außerdem für Vorschläge und Druckschlüsse sorgen, Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikationen am Orte wirken.“

Des ferneren genehmigte der Genossenschaftstag die mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbarte Entscheidung, betreffend die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften. Es heißt darin: „Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine und — soweit bedruckt und unbedruckt Papierwaren und Papiere in Frage kommen — der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirkes zur gemeinsamen Produktion bezw. Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;

2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannte Arbeiterproduktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen;

und wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. . . . Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, d. h. wenn einerseits für eine fachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.“

An unsere Gau- und Zahlstellenverwaltungen.

Anlässlich unseres Verbandsjubiläums hatte der Vorstand beschlossen, den Jubilaren des Verbandes ein Exemplar der „Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer“, mit einem entprechenden Widmungsblatt versehen, als Jubiläumsgabe zu überreichen. In Betracht kommen natürlich nur solche Kollegen, die auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Bis jetzt meldeten sich 68 Kollegen, die dies vermochten. Außerdem aber meldete sich eine erhebliche Zahl von jenen Kollegen, deren Mitgliedschaft noch nicht ganz eine 25jährige ist, und sie wandten sich mit der Bitte an den Vorstand, sie in Anbetracht ihrer langen Mitgliedschaft ebenfalls mit dem Jubiläumswerk zu bedenken. Diese verständlichen Wünsche mußten leider abgelehnt werden.

Mit diesem nun wollen wir unseren Orts- und Gaubehörden empfehlen, den langjährigen Verbandsmitgliedern, denen die offizielle Jubiläumsgabe des Verbandes (mit Widmungsblatt) verjagt werden mußte, in Anbetracht der langen Mitgliedschaft aus lokalen Mitteln die „Geschichte des Verbandes“ zu überreichen. U. E. könnte dabei allerdings nur eine mehr als zwanzigjährige Mitgliedschaft berücksichtigt werden können. Mancher der „Alten“ würde sich eb. der etwas post festum erscheinenden Anerkennung seiner treuen Pflichterfüllung freuen, und für viele „Jüngere“ dürfte sie ein Ansporn zur Nacheiferung werden.

Bekanntmachung.

Gau X. 29)

Auf Grund der §§ 5, 6 und 7 unseres Gau-Regulativs beruft der unterzeichnete Gauvorstand den diesjährigen

Gautag

auf Sonntag, den 28. August, vormittags 10 Uhr, nach Düsseldorf, Gewerkschaftshaus, ein.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Delegierten.
3. Der letzte Verbandstag und seine Beschlüsse.
4. Agitation und Lohnbewegungen.
5. Anträge.
6. Verchiedenes.

Jede Zahlstelle hat das Recht, nach ihrer Mitgliederzahl einen oder mehrere Delegierte zu entsenden und zwar: Bis zu 50 Mitglieder 1 Delegierter, bis zu 100 Mitglieder 2 Delegierte usw.

Wir eruchen, in den Zahlstellen Stellung zu nehmen und etwaige Anträge rechtzeitig einenden zu wollen.

Der Gauvorstand.

J. A.: B. Groenhoff, Elberfeld, Noßstr. 7.

Geht acht auf Gustav Arnzen!

Der bisherige Kassierer der Zahlstelle Kiel, Gustav Arnzen, geb. am 2. Juni 1858 in Krefeld (Buch-Nr. 39 814), ist nach Unterschlagung der gesamten am Ort befindlichen Verbandsgelder (einschließlich Lokalkasse etwa 400 Mk.) von Kiel abgereist. Wir eruchen die Funktionäre des Verbandes, falls Arnzen sich irgendwo meldet, diesen sofort der Polizei zu übergeben, da Anzeige von der Unterschlagung bereits erstattet ist. Das Mitgliedsbuch des Arnzen eruchen wir eventuell an uns einzusenden, und überhaupt sogleich Nachricht hierüber zu geben, wenn der Aufenthalt des Arnzen irgendwo bekannt wird.

Da sich Arnzen möglicherweise nach dem Auslande gewandt hat, so bitten wir die ausländischen Verbände, diese Notiz in ihre Verbandsorgane aufnehmen und beim Auftauchen Arnzens sofort Nachricht an den Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes geben zu wollen.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 26. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit 17 555,56 Mark, Rathenow 300 Mk., Gau 3 60 Mk., Gau 4 50 Mk., Breslau 900 Mk., Gau 5 920,50 Mk., Wantiwilschshafen 65,98 Mk., Kiel 192,33 Mk., Bielefeld 870,10 Mk., Erfurt 341,30 Mk., Gera 150 Mk., Halle 200 Mk., Magden 235 Mk., Düren 90 Mk., Duisburg-Ruhrort — Mk., Remscheid 100 Mk., Gau 11 62,59 Mk., Frankfurt a. M. 656,10 Mk., Chemnitz 900 Mk., Limbach 364,13 Mk., Plauer 250 Mk., Heilbronn 849,73 Mk., Lahr 400 Mk., Gau 17 125 Mk., Augsburg 100 Mk., Kaufbeuren 170 Mk., von München mit 4200 Mk.

E. Gaeijen.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 5. Vertrauensmann für Quedlinburg: E. Brust, Marslinghof 24; für Torgau a. E.: E. Portmann, Fischerstr. 24; für Burg bei Magdeburg: M. Neumann, Oberstr. 3.

Der örtliche Bevollmächtigte.

- Neutlingen. W. Eisele, Neppelstraße.
Detmold. N. Arning, Bahnhofsstraße 50.
Pöfen. W. Stephan, Ritterstr. 27, part.
Remscheid. A. Luz, Rippdorffstraße 38.

*) Durch unliebsame Vorkommnisse erscheint diese Bekanntmachung etwas verspätet.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungssitz Leipzig.

Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr

Hauptversammlung

im Restaurant Weichmann, Grenzstr. 24.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle

in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Deutscher Buchbinder-Verein.

Am **Guten Montag** sind folgende Gegenstände gefunden worden und im Bureau, Berlin, Engelufer 15 II, Zimmer 39-40, abzuholen:

- 1 Knabenüberzieher
- 1 Kneifer mit Kette.

Ebenfalls

- 1 kurzes Damenjackett

abzuholen bei Schäfer, Berlin, Urbanstraße 112/113, rechter Seitensügel I.

Den Mitgliedern, die in Weichensee wohnen, zur Nachricht, daß eine Zahlstelle errichtet wurde bei

Wilhelm Spann, Weißensee
Langhausstr. 55.

Dieselbst werden jederzeit Beiträge entgegengenommen.

Die Ortsverwaltung.

Lüchtiger

Goldschnittmacher

gesucht, der auf geraden und schrägen Goldschnitt an Karten geübt ist. Ausführl. Angebote unter N. 3. 66 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Seltene Gelegenheit!

Vergolddresse (22 : 27 cm) 250 Mk.,
Walze (42 : 15 cm) 200 Mk., wenig
gebraucht, zu verkaufen.
M. Wacke, Buch- und Papierhdlg.
Königsberg i. Pr., Burgstraße 2.

Gold-

Gummi, Kehr- und Gold, Watta, Lappen
kaut

Max Schäfer,
Leipzig, Albertstrasse 8.

Als Goldschmied verarbeite das Gold selbst und zahle deshalb höchste Preise, Kasse am Tage der Zusendung.

Inferate finden nur Aufnahme

wenn ihnen der Betrag
beigefügt ist.



**Kostenfreier
Arbeitsnachweis**
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Achtung! Zahlstelle Berlin! Achtung!

Mittwoch, den 3. August 1910, abends 1/2 8 Uhr:

:: Grosse Versammlung ::

aller in Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Restaurant von Kürsten, Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung:

1. Streifzüge durch die Arbeiterversicherung.
Referent: Kollege Kempte.
2. Wie verhindern wir die Verschlechterungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen?
3. Branchenangelegenheiten. — Verschiedenes.

Nach Schluß der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Die Branchenleitung. J. A.: Gerber.

Ein Heilschlag ersten Ranges

ist der Lamscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammenfügung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen“.

Da n e s w o r t e nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit drei Jahren an Blutarmut, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Verdauungs- und Magenschwäche, Rückenschmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zuzunute ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenfrei durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 128.

Berlin! Buchbinderbranche! Berlin!

Mittwoch, den 3. August 1910, abends 1/2 7 Uhr

Falzerinnen-Versammlung

im Lokal von A. Bercht, Ritterstraße 75.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit des Beratungsgegenstandes erwartet zahlreiches Erscheinen

Die Tarifkommission.

Achtung! Deutscher Buchbinder-Verein. Achtung!

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 21. August 1910

Große Dampferpartie : mit Musik

nach Mörschels Restaurant in Siegenhals.

Mittagstafel :: Kaffeetocher :: Spiele im Wald für Jung und Alt :: Gr. Festball

Abfahrt früh 8 Uhr mit den großen Salondampfern der Reederei Rahnt & Herber von der Weisenbrücke. Rückfahrt abends 9 Uhr:

Billett hin und zurück à Person 1 Mk., Kinder 50 Pf.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf., Damen 25 Pf. nach. Billets sind auf dem Bureau, sowie in unseren Zahlstellen, desgleichen durch die Werkstufen-Vertrauensleute zu haben.

Billets, welche bis zum 15. August d. J. nicht an das Bureau, Engelufer 14/15, zurückgeliefert sind, gelten als verkauft.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.